

# Vertrag über die Durchführung von Beförderungsleistungen

Zwischen dem

Kreis Lippe  
Eigenbetrieb Schulen  
Felix-Fechenbach-Str. 5  
32756 Detmold

- nachfolgend **Auftraggeber** genannt -

und

«Firma»  
«Name»  
«Straße»  
«Ort»

- nachfolgend **Auftragnehmer** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

## § 1

### Vertragsgegenstand und Vertragsbestandteile

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die berechtigten Schüler/innen der Regenbogenschule gemäß dem Fahrplan der Linie 6 zur Regenbogenschule, Bahnhofstraße 13 in 32694 Dörentrup, an allen Schultagen mit Kraftfahrzeugen wie angegeben zu befördern. Die Beauftragung eines Subunternehmers ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- (2) Der Fahrplan sowie die Fahrstrecke gehen aus der Anlage 1 hervor, die Bestandteil des Vertrages ist. Fahrplanänderungen, die sich langfristig auf Grund der Verkehrslage ergeben, sind dem Auftragnehmer ohne Verzug mitzuteilen. Es ist stets die für die Schüler/innen günstigste Fahrstrecke zu benutzen.
- (3) Die Beförderung erfolgt in Absprache zwischen den Vertragspartnern. Änderungen des ausgegebenen Fahrplanes durch Eltern/ Erziehungsberechtigte sind nicht zulässig. Änderungen sind in Absprache mit der Schulleitung vom Auftraggeber zu veranlassen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Übernahme von Kosten für Beförderungen, die nicht von ihm in Auftrag gegeben wurden, abzulehnen.
- (4) Abweichungen von der Streckenführung sind nur zulässig, wenn die Einhaltung aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist.
- (5) Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung nicht nach, so ist der Auftraggeber unabhängig von einem etwaigen Kündigungsgrund berechtigt, die Beförderung der Schüler/innen auf Kosten des Auftragnehmers anderweitig durchführen zu lassen. Dadurch entstehende Mehrkosten sind vom Auftragnehmer zu übernehmen.

- (6) Der Auftragnehmer ist zum Datenschutz entsprechend der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verpflichtet. Das von ihm eingesetzte Personal verpflichtet sich, über alle bei der Leistungsaufführung bekannt gewordenen personenbezogenen Daten, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, gemäß der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (u.a. § 203 Strafgesetzbuch (StGB) und den datenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundes und des Landes NRW, u.a. 3.6 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW)) Verschwiegenheit zu bewahren. Über die Datenverarbeitung bzw. das Datenhandling der auftragsrelevanten Daten der zu befördernden Schülerinnen und Schüler wird mit dem Auftragnehmer ein separater Vertrag zur Auftragsverarbeitung geschlossen.
- (7) Der Kreis Lippe behält sich vor, die Streckenführung und die Kilometer- bzw. Zeitangaben jederzeit zu überprüfen. Außerdem ist der Auftraggeber berechtigt, den Zustand und die Ausrüstung der Fahrzeuge in unregelmäßigen Abständen zu prüfen oder prüfen zu lassen. Ggf. festgestellte Mängel hat der Auftragnehmer unverzüglich zu beseitigen.

## **§ 2**

### **Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers**

Der Auftragnehmer erbringt die Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die einschlägigen technischen und gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Er verpflichtet sich weiterhin, die zur Leistungserbringung grundsätzlich in diesem Vertrag genannten erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen und über die Dauer der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.

## **§ 3**

### **Kraftfahrzeuge**

- (1) Die eingesetzten Fahrzeuge müssen den gesetzlichen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO), der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) sowie der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BO-Kraft) entsprechen.
- (2) Bei Fahrzeugausfällen ist der Auftragnehmer verpflichtet, geeignete Ersatzfahrzeuge zu stellen.
- (3) Wird das in der Anlage 2 genannte Fahrzeug dauerhaft durch ein anderes Fahrzeug ersetzt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die entsprechenden Daten dem Auftraggeber mitzuteilen, um so zu gewährleisten, dass die in § 3 Ziffer 1 definierten Anforderungen erfüllt werden.
- (4) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die eingesetzten Fahrzeuge in den vorgeschriebenen Zeitabständen, mindestens einmal jährlich, dem TÜV zur Hauptuntersuchung vorgeführt und festgestellte Mängel unverzüglich behoben werden, sowie dies dem Auftraggeber auf Anforderung nachzuweisen ist.
- (5) Personenkraftwagen, die noch nicht als Taxi oder Mietwagen genehmigt wurden, sind beim Straßenverkehrsamt als Schülerbeförderungsmittel zuzulassen.

- (6) Die eingesetzten Fahrzeuge sind durch Anstrich bzw. Anbringen von Schildern entsprechend den gültigen amtlichen Richtlinien (§ 33 Abs. 4 BOKraft) als Schulbusse zu kennzeichnen.
- (7) Die Türen der eingesetzten Fahrzeuge sind so zu sichern, dass ein Öffnen der Türen nur durch das Fahrpersonal möglich ist (Türverschlusssicherung).
- (8) Bei Einsatz von Kleinbussen bzw. Kraftomnibussen sind die Ein- und Ausstiege beidseitig mit Haltegriffen zu versehen, gemäß Richtlinie 2001/85/EG, Anh. I, Nr. 7.11.3.2.
- (9) Die Fußböden der Fahrzeuge sind so auszustatten, dass sie ausreichend rutschhemmend sind.
- (10) Die eingesetzten Fahrzeuge sind ausreichend zu versichern und im Falle, dass vorübergehend ein Fahrzeug eines Dritten eingesetzt werden muss, hat sich der Auftragnehmer vor Fahrtantritt vom Bestehen einer ausreichenden Versicherung für dieses Fahrzeug zu überzeugen.
- (11) Der Auftragnehmer setzt regelmäßig nur Fahrzeuge ein, die auf allen Fahrgastplätze mit Sicherheitsgurten und - falls notwendig - mit geeigneten Kinderrückhalteeinrichtungen (§ 21 Abs. 1 a StVO) ausgestattet sind.
- (12) Der Auftragnehmer setzt in Fahrzeugen mit mehr als sechs Sitzplätzen (maßgebend ist die Eintragung im Kfz-Schein) eine Begleitperson ein, soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wird, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Fahrzeug Sorge zu tragen hat. Sie muss in der Lage sein, den Schüler/innen entsprechend ihrer Behinderung zu helfen, insbesondere beim Ein- und Aussteigen. Die Begleitperson muss volljährig sein. Ob die Qualifikation dieser ausreicht, entscheidet im Zweifel der Auftraggeber.

#### **§ 4 Fahrpersonal**

- (1) Der Auftragnehmer darf nur zuverlässige und für die Schülerbeförderung geeignete Fahrer/innen einsetzen.
- (2) Es darf nur Fahrpersonal eingesetzt werden, welches eine gültige Fahrerlaubnis für das eingesetzte Fahrzeug und eine gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 48 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) besitzt.
- (3) Der Auftragnehmer hat für das eingesetzte Fahrpersonal ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorzuhalten und dieses dem Auftraggeber unaufgefordert, unverzüglich vorzulegen.
- (4) Auf Verlangen des Auftraggebers darf der Auftragnehmer bestimmte Fahrer/innen nicht mehr einsetzen, wenn begründete Tatsachen vorliegen, die gegen die Eignung oder Zuverlässigkeit des Fahrers/ der Fahrerin sprechen.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin,
  - a) das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) vom 23.07.2004 (in der jeweils geltenden Fassung) zu beachten.

- b) Arbeitsverträge auch bei geringfügig Beschäftigten schriftlich abzuschließen.
  - c) ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur mit gültigen Arbeitsgenehmigungen zu beschäftigen; auf Verlangen des Auftraggebers ist dies nachzuweisen.
  - d) seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachzukommen.
  - e) auf Anforderung die Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PeBfG) nachzuweisen.
  - f) den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, falls er nicht mehr Unternehmer im Sinne der §§ 46 ff. PeBfG ist bzw., falls aus den in § 2 PeBfG genannten Gründen die Neuerteilung einer Genehmigung notwendig ist.
  - (g) Die mit der Umsetzung der Vertrags- und Beförderungsleistungen befassten Personen müssen zur Verständigung mit dem Auftraggeber, den Schulbüros, den Eltern und weiteren beteiligten Personen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.
- (6) Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen (Bestellung von Ersatzkräften / Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungsdurchführung nicht beeinträchtigt wird.

## § 5

### Vertraulichkeit und Datenschutz

- (1) Die Vertragspartner verpflichten sich zur streng vertraulichen Behandlung aller ihnen im Rahmen dieses Vertrages zugänglich werdenden Erkenntnisse und Informationen aus dem Bereich des jeweils anderen Vertragspartners.
- Der Auftragnehmer und das von ihm eingesetzte Personal ist zur Verschwiegenheit über alle personenbezogenen Daten der beförderten Personen verpflichtet, es sei denn, die Weitergabe der Daten ist zur Durchsetzung von Rechten im Zusammenhang mit diesem Vertrag erforderlich. Diese Pflicht dauert fort, auch wenn die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern beendet ist.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich und seine Mitarbeiter/innen, die an der Auftrags Tätigkeit beteiligt sind, bekanntwerdende Angelegenheiten (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) des Auftraggebers vertraulich zu behandeln und nach Erledigung des Auftrages unverzüglich zu löschen.

- (2) Personenbezogene Daten nach Art. 5 Abs. 1 f der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) müssen in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet, einschließlich Schutz vor unbefugter oder unrechtmäßiger Verarbeitung und vor unbeabsichtigtem Verlust, unbeabsichtigter Zerstörung oder unbeabsichtigter Schädigung durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen („Integrität und Vertraulichkeit“). Dies gilt auch nach Beendigung des Auftrags.

Daher sind der Auftragnehmer und die von ihm eingesetzten Beschäftigten verpflichtet, die ihnen im Rahmen der Vertragserfüllung bekannt gewordenen personenbezogenen Daten als Datengeheimnis zu wahren, entsprechend der Vorgaben des Art. 5 Abs. 1 f DSGVO zu schützen und sicher vorzuhalten.

Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich im Rahmen der Vertragserfüllung verwandt werden.

Personenbezogene Daten dürfen nur für den Zweck des Vertrags / Auftrags verwandt werden. Sie dürfen nicht an Dritte weitergegeben oder für eigene Zwecke des Auftragnehmers oder seiner Beschäftigten verwandt werden.

Personenbezogene Daten müssen gelöscht werden, wenn der Auftrag beendet ist bzw. die Daten nicht mehr für die Buchführung bzw. Rechnungslegung benötigt werden.

Personenbezogene Daten dürfen nur aus einem zwingenden, sachlichen Grund gespeichert werden.

Personenbezogene Daten dürfen nicht frei zugänglich sein bzw. aufbewahrt werden. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, allen am Auftrag Beteiligten die Verpflichtung zum Datengeheimnis, wie vorstehend erläutert, bekannt zu geben und diese Personen auf die Wahrung von Vertraulichkeit und Integrität zu verpflichten.

Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer zur Geheimhaltung von Berufsgeheimnissen gem. §§ 203, 204 StGB **gemäß Anlage 6** „Verpflichtung zur Geheimhaltung von Berufsgeheimnissen“.

Der Bieter hat seinen Informationspflichten gem. DSGVO nachzukommen.

Darüber hinaus sind bei der Vertragserfüllung die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der EU, des Bundes und Landes NRW in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Die Verarbeitung der Daten durch den Auftragnehmer erfolgt auf der Basis dieses Vertrages (Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO).

Die Einholung einer Einwilligung der Erziehungsberechtigten in die (Weiter-)Verarbeitung der vom Auftraggeber übermittelten Daten durch den Auftragnehmer ist daher nicht erforderlich.

Der Auftragnehmer unterwirft sich bei der Vertragserfüllung der Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers sowie der Kontrolle des Landesbeauftragten für den Datenschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

- (3) Der Auftraggeber kann fristlos ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht nach den Ziffern 1 oder 2 nicht nachkommt.

Bei eventuellen Schadenersatzansprüchen Dritter gegen den Auftraggeber aufgrund eines Verstoßes gegen Datenschutzvorschriften kann der Auftraggeber den Auftragnehmer in Regress nehmen, soweit dieser Verstoß dem Auftragnehmer zuzurechnen ist.

Zu widerhandlungen gegen die DSGVO stellen Ordnungswidrigkeiten bzw. Straftaten dar und werden entsprechend verfolgt.

## § 6 Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- (1) Fahrer/innen und ggf. Begleitpersonen zur Rücksichtnahme auf die Behinderung der Schüler/innen anzuhalten; sicherzustellen, dass die Schüler/innen rechtzeitig zum Schulbeginn in der Schule eintreffen und pünktlich abgeholt werden,
- (2) die Bestimmungen über die Besetzung von Kraftfahrzeugen einzuhalten, wobei für die Anzahl der Sitzplätze die Angabe im Kfz-Schein maßgebend sind; § 34a StVZO ist zu beachten,
- (3) zum Ein- und Aussteigen nur an besonders gesicherten Plätzen anzuhalten und ein gefahrloses Ein- und Aussteigen der Schüler/innen jederzeit zu gewährleisten,
- (4) beim Ein- und Aussteigen der Schüler/innen ist das Warnblinklicht einzuschalten,
- (5) bei Einsatz eines Personenkraftwagens nur ein Kind auf dem Vordersitz zu befördern, das durch einen Gurt zu sichern ist,
- (6) dem Auftraggeber besondere Vorkommnisse bzw. Unfälle unverzüglich mitzuteilen,
- (7) keine dritten Personen im Fahrzeug mitzunehmen, mit Ausnahme von mit dem Auftraggeber abgestimmten Personen z.B. Bediensteten des Auftraggebers, Begleitpersonen und Lehrpersonal bei Fahrten zum Schwimm- und Sportunterricht. Im Zweifelsfall ist der Auftraggeber zu kontaktieren.
- (8) dafür Sorge zu tragen, dass während der Fahrt nicht geraucht wird. Dies gilt auch für die Zeit von 15 Minuten bevor die Schüler/innen einsteigen, sowie in den Wartebereichen an und vor den Schulen.
- (9) Die mit der Umsetzung der Vertrags-/Beförderungsleistungen befassten Personen müssen zur Verständigung über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen.

## § 7 Haftung und Versicherung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen freizuhalten, die von Fahrgästen oder Dritten wegen der in diesem Vertrag vereinbarten Beförderungen erhoben werden, es sei denn, das schadenstiftende Ereignis beruht auf einem Verschulden von Personen, für die der Auftraggeber einzustehen hat. Er ist verpflichtet, sich, seine Fahrer/innen und Insassen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

## § 8 Vergütung

- (1) Die zu zahlende Beförderungsvergütung ergibt sich aus der Anlage 2 zum Vertrag. Es beinhaltet auch die Kosten für die Begleitperson. Abgerechnet werden die tatsächlich anfallenden Beförderungstage (= Schultage).

- (2) Bei einer Verkürzung bzw. Verlängerung der Kilometerleistung im laufenden Schuljahr wegen Zu- oder Abgänge von Schüler/innen bis zu zehn Kilometern pro Fahrt bleibt die vereinbarte Vergütung unverändert. Ansprüche aus Mehrleistungen sind beim Auftraggeber innerhalb von 14 Tagen anzumelden.

Bei einer Verkürzung bzw. Verlängerung der Besetztfahrtstrecke (Tagesleistung) um mehr als zehn Kilometer, im laufenden Schuljahr, wird die Beförderungsvergütung entsprechend angepasst (Formel:  $\text{alter Preis} / \text{alte Kilometerleistung} \times \text{neue Kilometerleistung} = \text{neuer Preis}$ ).

- (3) Fallen Schultage wegen höherer Gewalt aus (Glatteis, Unwetter, Epidemie etc.) werden für einen Zeitraum von einer Kalenderwoche (max. fünf Schultage) 70 % der vereinbarten Vergütung und nach diesem Zeitraum 50 % der vereinbarten Vergütung weitergezahlt.

Fallen Schultage aus schulorganisatorischen Gründen aus, ist der Auftragnehmer rechtzeitig (mindestens drei Schultage vorher) zu unterrichten. Die Vergütung ist für diese Tage nicht zu zahlen. Sollte der Auftragnehmer nicht rechtzeitig unterrichtet werden, sind 70 % der vereinbarten Vergütung zu berechnen.

Fällt kein steuerbarer Leistungsaustausch gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG an, kann keine Umsatzsteuer abgerechnet werden.

- (4) An den mitgeteilten Schließungstagen entfällt die Beförderung und die Vergütung.
- (5) Die Abrechnung der monatlichen Fahrtkosten erfolgt nach einem vom Auftraggeber geregelten Verfahren. Der Auftraggeber verpflichtet sich, die Zahlung der vereinbarten und abgerechneten Vergütung für die erbrachte Leistung innerhalb von 15 Tagen nach Rechnungseingang bei dem Auftraggeber zu veranlassen.
- (6) Erfüllt der Auftragnehmer seine Pflichten mangelhaft, entgegen des Ansatzes nach Treu und Glauben aus § 242 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) ist der Auftraggeber nach Abmahnung berechtigt, die Vergütung je mangelbehaftetem Beförderungstag entsprechend zu kürzen.

## **§ 9**

### **Vergütungsanpassung bei Vertragsverlängerung**

- (1) Durch den Auftraggeber wird abgefragt, ob die Verlängerungsoption in Anspruch genommen wird. Bei Zustimmung durch den Auftragnehmer zur Verlängerung, wird eine Preisanpassung um 6 %, auf die für das laufende Schuljahr geltende Vergütung, ab Beginn des neuen Schuljahres vereinbar. Die Vertragsparteien können nach Maßgabe folgender Regelungen eine Anpassung der Tagespauschalpreise erstmalig zum 01.08.2027 geltend machen.
- (2) Bei einer Verkürzung bzw. Verlängerung der Besetztfahrtstrecke (Tagesleistung) wird die Beförderungsvergütung entsprechend der Mehr- oder Minderleistung angepasst (Formel:  $\text{alter Preis} / \text{alte Kilometerleistung} \times \text{neue Kilometerleistung} = \text{neuer Preis} + \text{Preisanpassung aus § 9 Abs. 1}$ ).

## **§ 10**

### **Vertragsdauer**

Der Vertrag für die Beförderung tritt am **02.09.2026** (erster Schultag) in Kraft und endet zum Schluss des Schuljahres 2026/2027.

Der Auftrag kann - für jedes Los getrennt - viermal verlängert werden, jeweils um ein weiteres Schuljahr, bis spätestens 31.07.2031.

Das Recht auf außerordentliche Kündigung gemäß § 314 BGB bleibt unberührt. Dabei liegt ein wichtiger Grund insbesondere dann vor, wenn infolge erheblicher Verstöße gegen die Pflichten dieses Vertrages ein ordnungsgemäßer Betrieb nicht mehr gewährleistet ist sowie im Falle mangelhafter Fahrzeuggestaltung oder Fahrbereitschaft.

Eine Kündigung ist nur wirksam, wenn sie schriftlich erfolgt.

Das Vertragsverhältnis kann Anlass bezogen gegenstandslos werden, wenn die notwendige Beförderung der Schüler/innen entfällt oder die zu befördernde Schülerzahl den Einsatz eines größeren oder kleineren Fahrzeuges erfordert bzw. zulässt.

## **§ 11**

### **Sonstiges**

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag sind nicht zulässig und haben keine Gültigkeit.
- (2) Änderungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (3) Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag sind nur mit Zustimmung des Vertragspartners übertragbar
  - a. Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung.
- (4) Als Gerichtsstand auch bei Gegenklagen gilt Detmold.



**§ 12**  
**Salvatorische Klausel**

- (1) Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, mit der die ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke soweit wie möglich erreicht werden.
- (2) Ändern sich die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und ist deshalb eine Änderung des Vertrages notwendig oder zweckmäßig, sind beide Vertragspartner verpflichtet, notwendige Vertragsanpassungsverhandlungen zu führen.

Detmold, den \_\_\_\_\_

Detmold, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Kreis Lippe  
- Auftraggeber -

\_\_\_\_\_  
- Auftragnehmer -